

Saskia Kretschmer, Isabel Krause & Kai Daubitz

Kinder und Jugendliche als Täterinnen und Täter von Gewaltkriminalität

Tagungsbericht zum dritten Symposium der Reihe „Weitblick – Herausforderungen für Polizei und Gesellschaft“ der Kriminalistisch-Kriminologischen Forschungsstelle des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen vom 07.–08. März 2024

Im März 2024 fand unter Schirmherrschaft von Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul das dritte Symposium der Reihe „Weitblick – Herausforderungen für Polizei und Gesellschaft“ der Kriminalistisch-Kriminologischen Forschungsstelle (KKF) des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen (LKA NRW) statt. Grundlegendes Ziel der im Zwei-Jahres-Rhythmus angelegten Veranstaltungsreihe ist es, den Austausch zwischen Wissenschaft und (polizeilicher) Praxis über ausgewählte Themen der kriminalistisch-kriminologischen Forschung zu stärken.

Das Thema des dritten Symposiums lautete „Kinder und Jugendliche als Täterinnen und Täter von Gewaltkriminalität“ und wurde an den Veranstaltungstagen aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet und diskutiert. Hierzu fanden Impulsvorträge, thematische Panels und eine Podiumsdiskussion statt. An der hybrid angelegten Veranstaltung nahmen 80 Personen vor Ort im LKA NRW und rund 100 weitere Personen digital teil. Unter den Teilnehmenden fanden sich dabei Vertreterinnen und Vertreter aus der Politik, Angehörige der Polizei, Akteurinnen und Akteure anderer Praxisfelder sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Nach der Begrüßung durch Innenminister Herbert Reul, den Leiter der Abteilung Strategische Kriminalitätsbekämpfung des LKA NRW, Björn Ekhoﬀ, und die Leiterin der KKF, Maïke Meyer, folgten am ersten Veranstaltungstag *zwei Impulsvorträge*, die in das Thema einführten. Zunächst referierte Thomas Bliesener vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (KfN) über Erscheinungsformen und die Entwicklung von Gewalt im Kindes- und Jugendalter. Anhand verschiedener Datenquellen, darunter die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), die Statistik der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung zu Raufunfällen und Frakturen infolge von Rangeleien im schulischen Kontext und die regelmäßig durchgeführte Befragung von Schülerinnen und Schülern des KfN (Niedersachsensurvey), zeigte Thomas Bliesener auf, wie sich Opfer- und Täterstatistiken bei Kindern und Jugendlichen in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten entwickelt haben. In den Hellfelddaten zeigt sich, langfristig betrachtet, ein rückläufiger Trend der Fallzahlen bis zum Jahr 2015. Ab dem Jahr 2015 bis zum

* Weitere Informationen zu der Veranstaltungsreihe können unter folgendem Link abgerufen werden:
<https://polizei.nrw/artikel/symposium-weitblick-herausforderungen-fuer-polizei-und-gesellschaft>

Jahr 2019 weisen die Hellfeldstatistiken auf eine Stagnation (Raufunfallstatistik) bzw. leichte Anstiege der Fallzahlen (PKS) hin. Im Dunkelfeld zeigt sich in diesem Zeitraum zunächst eine leichte Zunahme und anschließend ein leichter Rückgang der Anzahl an Täterinnen und Tätern, jedoch analog zum Hellfeld ein kontinuierlicher Anstieg der Opferzahlen. Im Hellfeld ist zwischen den Jahren 2019 und 2020 jeweils ein starker Rückgang und zwischen den Jahren 2021 und 2022 jeweils eine starke Zunahme der Fallzahlen zu beobachten. Dies könne insbesondere auf die durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie eingeschränkten Tatgelegenheiten zurückgeführt werden. Im Dunkelfeld zeigt sich im Vergleich der Jahre 2019 und 2022 lediglich eine Zunahme der Opferzahlen und eine Stagnation der Täterzahlen, wobei zu berücksichtigen sei, dass der Referenzzeitraum der Schüler*innenbefragungen teilweise noch das von der Coronapandemie geprägte Jahr 2021 einschließt. Zudem sei zu beachten, dass „problematische Jugendliche“ über Dunkelfeldbefragungen schlechter erreichbar sind. Thomas Bliesener zeigte weiter auf, dass der Anstieg im Hellfeld bei nichtdeutschen Kindern und Jugendlichen stärker ist als bei deutschen Jugendlichen. Dies führt er insbesondere auf die Bevölkerungszunahme in der Gruppe nichtdeutscher Kinder und Jugendlicher zurück. Er resümiert im Hinblick auf die Entwicklung, dass „wir ... uns auf einem Niveau [befinden], das weit unter dem der Nuller-Jahre liegt“, „die weitere Entwicklung im Hellfeld [gleichwohl] sorgfältig zu beobachten“ sei.

In einem sich daran anschließenden Vortrag beleuchtete Clemens Kroneberg von der Universität zu Köln (Initiative ECONtribute) mögliche Ursachen von Gewalt im Kindes- und Jugendalter. Zunächst ging er auf die zahlenmäßige Bedeutung von Intensivtäter*innen ein und erläuterte, dass die Unterscheidung bei der Erklärung von Gewalt im Kindes- und Jugendalter „wichtig, aber nicht ausreichend“ ist. Durch die Unterscheidung von individuellen, sozialräumlichen und situativen Ursachen stellte Clemens Kroneberg anschließend die Komplexität der Entstehung von kriminellen Verhalten bei Kindern und Jugendlichen anschaulich dar. Darüber hinaus stellte er die Relevanz wissenschaftlicher Erkenntnisse zum Zwecke eines evidenzbasierten Vorgehens in der Prävention heraus und legte potenzielle Ansatzpunkte für Prävention dar.

Im weiteren Verlauf folgten zwei Panelphasen, die nach vier thematischen Schwerpunkten gegliedert wurden: Öffentlicher Raum, Digitaler Raum, Erklärungsansätze und Maßnahmen. Zu den einzelnen Schwerpunkten wurden Expertinnen und Experten eingeladen, die einen Inputvortrag innerhalb der Panelphasen hielten, um im Anschluss daran mögliche Ausblicke, Problemstellungen und insbesondere Handlungsansätze im Plenum zu diskutieren.

Im ersten Teil des Themenschwerpunktes „*Öffentlicher Raum*“ stellte Ulrich Wagner von der Philipps-Universität Marburg in einem anschaulichen Beispiel vor, welche Effekte Gruppenzugehörigkeiten auf das Verhalten von Menschen ausüben. Anhand der Problematik der „In- und Outgroup“ wurden (Nutzungs-)Konflikte im öffentlichen Raum dargestellt, die auch Kinder- und Jugendgruppen betreffen. In der anschließenden Diskussion wurde schnell klar, dass es einen natürlichen Bedarf von Kindern und Jugendlichen gibt, den öffentlichen Raum als Aufenthaltsort zu nutzen. Diese Möglichkeit wird dann eingeschränkt, wenn Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen nicht oder nur unzureichend adressiert werden. Daraus ergab sich die Forderung nach gezielter Partizipation und einer kontinuierlichen, langfristigen und transparenten Einbindung von Kinder- und Jugendgruppen. Hervorgehoben wurde hierbei insbesondere die Beteiligung nicht-organisierter Kinder- und Jugendgruppen. Dies erfordere eine attraktive und niedrigschwellige Beteiligung, die sich nach den tatsächlichen Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen richtet und nicht politisch oder anderweitig instrumentalisiert wird.

Darüber hinaus wurde über weitere Möglichkeiten diskutiert, mit Konflikten im öffentlichen Raum umzugehen. Zentral sei es hierbei, Effekten der Gruppenzugehörigkeit entgegenzuwirken. Zunächst einmal müssen Nutzungsmotive und Bedürfnisse an den öffentlichen Raum von Kindern und Jugendlichen genauer verstanden werden. Gleiches gilt für die Einstellungen von Kindern und Jugendlichen gegenüber anderen „Outgroups“. Auf dieser Basis könne dann beispielsweise durch Mediatorinnen und Mediatoren (z. B. Praxisakteurinnen und -akteure, wie Streetworker) Vermittlung zwischen den Gruppen stattfinden oder durch initiierte Kontaktaufnahme von Kindern und Jugendlichen mit der Polizei außerhalb der eigentlichen Polizeiaufgaben Vorurteile abgebaut werden. Außerdem könne so (beiderseits) positiver Kontakt erlernt werden. Im Hinblick auf die Polizei wurde von den Teilnehmenden kritisch und reflektiert angemerkt, dass auch hier „In- und Outgroup“-Prozesse stattfinden und auch diesen präventiv, beispielsweise im Rahmen des Studiums durch Kontakt mit anderen nicht-polizeilichen Gruppen, begegnet werden muss.

Im zweiten Teil des Themenschwerpunktes „*Öffentlicher Raum*“ stellte Elena Rausch von der Kriminologischen Zentralstelle (KrimZ) Auswertungsergebnisse einer Studie der KrimZ vor und ging auf gängige Mythen zur Messerkriminalität ein. Sie stellte anhand einer Auswertung von Urteilstexten zu schweren Gewaltdelikten dar, dass die Messerattacke auf Fremde im öffentlichen Raum eher zu den Einzelfällen gehört. Außerdem identifizierte sie in Ihrem Vortrag verschiedene Subtypen von Messergewalt, hierunter Konfliktsituationen in psychischen Ausnahmesituationen, Häusliche Gewalt und jugendlicher Symbolismus. Nach einem kurzen Exkurs über die Vor- und Nachteile von Waffenverbotszonen (WVZ) fokussierte sich die Kerndiskussion im Panel auf präventive Strategien im Umgang mit Messergewalt. Im Zentrum der Diskussion stand der Bedarf, Kinder und Jugendliche davon abzuhalten, überhaupt ein Messer mitzuführen. Hierzu sei es notwendig, die Ängste und die Motivationen zum Mitführen einer Waffe bei Kindern und Jugendlichen zunächst zu verstehen. Die Teilnehmenden adressierten einen Aufklärungsbedarf bei Kindern und Jugendlichen. Mögliche Lösungsansätze seien dabei die transparente Kommunikation möglicher Risiken und Folgen, das Aufzeigen von alternativen Konfliktlösungsstrategien, die Möglichkeit Grauzonen zu schaffen und insbesondere die Berücksichtigung von Sub- und Risikogruppen. Letzteres sei vor dem Hintergrund differenzierter Angebote zu beachten, da nicht jedes Kind und jeder Jugendliche über herkömmliche Kanäle der Prävention (z. B. Elternarbeit) erreichbar sei. Gleichwohl müssen Barrieren sprachlicher Natur und adressatengerechte Ansprache hierbei Berücksichtigung finden. Auch die Verantwortungsfrage wurde unter den Teilnehmenden rege diskutiert. Das Plenum kam dabei zu dem Entschluss, dass möglichst viele Akteurinnen und Akteure hierbei eingebunden werden müssen (Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, Sozialarbeiterinnen und -arbeiter, Polizei sowie weitere Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und vermittelnde Instanzen).

Im ersten Teil des Themenschwerpunktes „*Digitaler Raum*“ präsentierte Sebastian Wachs von der Universität Münster wissenschaftliche Erkenntnisse und praktische Handlungsmaßnahmen rund um das Phänomen Hatespeech. Nach der definitorischen Einordnung, die Hatespeech als Äußerungen zur absichtlichen Abwertung, Bloßstellung, Beleidigung oder Ausgrenzung von Personen auf der Basis bestimmter Gruppenmerkmale fasst, stellte Sebastian Wachs zunächst Studienergebnisse zur Verbreitung und den Erscheinungsformen des Phänomens vor. Hier zeigte sich die hohe Prävalenz des Phänomens und dass online verübte Hatespeech ein Spiegelbild realer Verhältnisse darstellt. Obgleich Hatespeech von Betroffenen immer als belastend empfunden werde, zeigten weitere Studienergebnisse, dass soziale Ressourcen eine abmildernde Wirkung auf die Belastungserscheinungen haben können. Den Praxisbezug stellte

Sebastian Wachs mit der Vorstellung des Präventionsprogramm „HateLess“ her. Das positiv evaluierte Präventionsprogramm zur Reduktion von Hassreden in der Online- und Offline-Welt diene insbesondere zur Aufklärung über Folgen von Hatespeech und Möglichkeiten zur Stärkung des Empowerments und somit der (digitalen) Zivilcourage von Schülerinnen und Schülern der Jahrgangsstufen sieben bis neun. Die Teilnehmenden waren sich einig, dass ein offener Umgang mit Hatespeech gewählt werden müsse, der die Betroffenen sowie den Klassenverbund als Ganzes in Counterspeech bestärkt und dass der Transfer der Erkenntnisse aus der Wissenschaft in die Praxis weiter verbessert werden sollte, sodass die Aufklärungsarbeit in den Schulen gestärkt werden kann. Zudem seien auch bundesweite Präventionskampagnen, die aufeinander abgestimmt werden, zukunftsweisend und Informationsaustausche über den Ablauf und Prozess der Anzeigenerstattung durch Lehrkräfte wichtig.

Der zweite Teil des Themenschwerpunktes „*Digitaler Raum*“ beschäftigte sich unter dem Titel „Sexuelle Grenzverletzung mittels digitaler Medien“ mit dem Themenfeld des Sextings und wurde durch einen Vortrag der freien Dozentin Christina Witz eröffnet. Christina Witz warf ein Schlaglicht auf die entwicklungsbezogene Bedeutung von Sexting, welches nach und nach herkömmliche Wege zur Anbahnung sexueller Kontakte ablöse. Sexting als eine Art zeitgemäßer Form sexueller Handlungsfähigkeit sowie digital vermittelte intime Erkundungs- und Ausdrucksmöglichkeit zielt dabei insbesondere auf Einvernehmlichkeit ab. Präventionsansätze sah Christina Witz in einer Aufklärung über medienbezogene Risiken sowie einer möglichst schnellen Intervention, um die Verbreitung zu reduzieren oder sogar zu verhindern. Unter anderem wegen Praktiken wie Victim Blaming sei es für die Prävention wichtig, dass der Fokus vom Opfer auf den Täter/ die Täterin gelegt werde. Außerdem sei ein gutes Verhältnis von Lehrpersonen zu ihren Schülerinnen und Schülern für die Aufarbeitung solcher Vorfälle von großer Bedeutung. In der Diskussion wurde unter anderem der Frage nachgegangen, welche Vor- und Nachteile eine Anzeige aus Sicht der unterschiedlichen nicht-polizeilichen Repräsentantinnen und Repräsentanten (z. B. Schule, Jugendsozialarbeit, usw.) habe. Im Rahmen der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass das konkrete Vorgehen stark situationsabhängig sei. Maßgebliche Orientierungspunkte können dabei die Bildinhalte sowie die beteiligten Personen bieten. Zu einer Einschätzung des bestmöglichen Umgangs gehöre dabei die Berücksichtigung des Grades der Sexualität der Bildinhalte, die Beurteilung, ob Missbrauchssituationen vorliegen, die Bewertung des potenziellen Stigmatisierungsrisikos, die Erwartungen, die das Opfer an eine Aufarbeitung stellt und ob die Täterin oder der Täter bereits vorher auffällig war und ein Bewusstsein über die Schwere der Tat vorliege. Ein weiterer Diskussionspunkt lag im Spannungsfeld aus den wachsenden Aufgaben und limitierten Ressourcen von Lehrkräften. Trotz limitierter zeitlicher und personeller Ausstattung sollte ein Schwerpunkt der Schulen darin liegen, ihre Lehrkräfte in der Breite zu sensibilisieren und einzelne spezialisierte Ansprechpartnerinnen und -partner für jeweilige pädagogische Sonderfälle in den Schulen fortgebildet werden. In der Erziehung durch die Eltern müsse das Bewusstsein für Rechte am eigenen Bild gestärkt werden und damit auf die digitale Welt vorbereitet werden. Christina Witz zeigte in diesem Kontext die Defizite in der sexuellen und digitalen Erziehung durch Eltern auf. Insgesamt wurde die Verschiebung von einem Gefahrendiskurs zu einem Normalisierungsdiskurs begrüßt und ein offener Umgang mit neuen Formen der sexuellen Kontaktaufnahme sowie einer offenen pädagogischen Grundhaltung zugestimmt.

Im Themenschwerpunkt „*Erklärungsansätze*“ wurden Ansätze zur Erklärung von Kinder- und Jugendgewaltkriminalität noch einmal ausdifferenzierter erörtert. Clemens Kroneberg von der Universität zu Köln (Initiative ECONtribute) fokussierte sich im ersten Panel in seinem Vortrag auf das Thema „Ethnische Herkunft und Jugendgewalt“. Er stellte zunächst heraus, dass „Unterschiede nach ethnischer Herkunft ... keine Erklärung [sind], sondern ein zu erklärender Zusammenhang (sofern er besteht)“. Weiter führte er aus, dass die Gründe für die erhöhte Gewaltbelastung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund öffentlich kontrovers diskutiert werden (sozio-ökonomische Marginalisierung vs. Herkunftskultur). In seinem Vortrag fokussierte er den bisher empirisch nicht belegten Einfluss der Herkunftskultur. Dabei bezog er sich auf Daten zu Freundschaftsnetzwerken und Gewalt aus der Studie „Freundschaft und Gewalt im Jugendalter“. Die statistischen Analysen zeigen, dass Herkunftslandmerkmale nicht mit berichteter Gewalt zusammenhängen und sie inter-ethnische Unterschiede nicht erklären. Offen bleibe jedoch die Frage, „warum ... (manche) ethnische Gruppen ungünstigere Ausprägungen auf den proximalen Determinanten von Gewalt (z. B. Elterngewalt, Freizeitaktivitäten, moralische Ablehnung von Gewalt)“ haben. Clemens Kroneberg schlussfolgert, dass „die Ergebnisse ... den Wert universalistischer Präventions- und Interventionsmaßnahmen“ unterstreichen. Zudem „sollten [wir] den Einfluss der Herkunftsländer nicht überschätzen und Jugendgewalt nicht als Merkmal bestimmter ethnischer Gruppen ansehen (Schubladendenken)“. Die sich anschließende Diskussion fokussierte den Umgang mit den implizierten Zusammenhängen. Hierzu kamen die Teilnehmenden zu den Lösungsansätzen auch insbesondere qualitative Forschung bei der Betrachtung krimineller Karrieren heranzuziehen, um sich nicht der Gefahr der Pauschalisierung auszusetzen. Auch wurde thematisiert, inwiefern wissenschaftliche Publikationen in diesem Zusammenhang dazu führen, „Schubladendenken“ aufzugeben oder sie dazu führen, dass diese Denkstrukturen fortbestehen. Ein weiterer Aspekt, der diskutiert wurde, war die Gefahr, sich in der Forschung alleine auf Durchschnittsunterschiede von Gruppen zu fokussieren und die Variation innerhalb einzelner Gruppen zu vernachlässigen.

Das zweite Panel des Themenschwerpunktes „*Erklärungsansätze*“ befasste sich mit den Auswirkungen der Coronapandemie auf Kinder- und Jugendkriminalität. Hierzu wurden zwei Vorträge gehalten: Severine Thomas von der Universität Hildesheim stellte in ihrer Präsentation als digitale Referentin Ergebnisse der JUCO-Studien vor. Ergänzt wurde Sie von Dirk Baier von der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaft, der einen Vortrag aus kriminologischer Sicht über den Anstieg der Kinder- und Jugendkriminalität als Folge der Coronapandemie hielt. Severine Thomas zeigte auf, dass es im Laufe der Coronapandemie zu einer Zunahme von Risikofaktoren (insbesondere psychischer Natur) für die kindliche und jugendliche Entwicklung kam. Der postpandemische Anstieg von Gewaltdelikten durch Kinder und Jugendliche im Hellfeld könne Dirk Baier zufolge aber nicht alleine auf die pandemischen Auswirkungen zurückgeführt werden, da sich bereits präpandemisch in Teilen ein ansteigender Trend beobachten ließ. Nach den Vorträgen wurden, im skizzierten Spannungsfeld der „gefährlichen“ aber auch „gefährdeten“ Jugend, die gestiegenen psychischen Belastungen von Kindern und Jugendlichen thematisiert und problematisiert. Darüber hinaus wurden weitere Gründe für den Anstieg der Kinder- und Jugendkriminalität erörtert, wie beispielsweise generelle Werteveränderungen (Zunahme bei gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen und gewaltakzeptierenden Einstellungen bei Jugendlichen). Daraus ergab sich für die Teilnehmenden der Lösungsvorschlag, neben Daten aus dem Hellfeld auch zusätzlich und standardisiert Erkenntnisse aus Forschungsarbeiten und Befragungen noch stärker heranzuziehen, um die

Entstehung von kriminellen Verhaltensweisen zu verstehen und damit effektive Präventionsmaßnahmen zu initiieren. Herausgearbeitet wurde dabei auch, dass trotz merklichen Anstiegs der Risikofaktoren weiterhin nur ein kleiner Anteil der Kinder- und Jugendlichen (vermehrt) straffällig wird. Abschließend diskutierten die Teilnehmenden darüber, wie Forschende ihr Wissen perspektivisch noch besser für die Allgemeinheit aufbereiten könnten, um im öffentlichen Diskurs eine stärkere Berücksichtigung zu erfahren.

Der vierte Themenschwerpunkt „Maßnahmen“ beschäftigte sich mit Präventionsmaßnahmen und (weiteren) polizeilichen Maßnahmen. Leider entfiel der Vortrag von Miriam Schroer-Hippel vom Deutschen Institut für Menschenrechte zu den Handlungsansätzen zur Prävention.

Im zweiten Panel des Themenschwerpunktes stellte Diego Farren Studien zum polizeilichen Handeln im Umgang mit Jugendlichen vor. Dabei standen die Theorie prozeduraler Gerechtigkeit (Procedural Justice), die Wahrnehmung der Jugend in Bezug auf die Polizei und polizeiliches Handeln, asymmetrische Effekte des Kontaktes mit der Polizei und Gruppenunterschiede in der Wahrnehmung im Fokus. Diego Farren hob die hohe Relevanz der Art und Weise eines fairen Umgangs der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten mit Jugendlichen hervor. Dazu gehöre ein respektvoller Umgang im konkreten Kontakt mit Jugendlichen, die Gewährung von Möglichkeiten, eigene Sichtweisen zur Sprache zu bringen, ein erkennbares Zuhören der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, das Erklären der polizeilichen Maßnahmen und das Praktizieren einer erkennbaren Fairness. Dies sei vor allem vor dem Hintergrund negativer Folgeeffekte ausgelöst durch unfair wahrgenommene Kontrollen zu beachten. Ein Schwerpunkt der Diskussion im Anschluss an den Vortrag war der Begriff der Fairness und wie diese im polizeilichen Handlungsfeld umgesetzt werden kann. Grundsätzlich wurde verdeutlicht, dass faires und respektvolles Verhalten der Einsatzkräfte immanent wichtig und erforderlich im Umgang mit Jugendlichen ist. Einschränkend wurde erörtert, dass aufgrund von bestimmten Einsatzanlässen und Einsatzsituationen nicht immer gewährleistet werden kann, dass sich Jugendliche auch von der Polizei fair behandelt fühlen, aufgrund eingeschränkter Möglichkeiten die polizeilichen Maßnahmen transparent zu erörtern. Neben der grundsätzlichen Ansprechbarkeit und Sichtbarkeit der Beamtinnen und Beamten wurde in diesem Zuge auch der Beziehungsaufbau mit Kindern und Jugendlichen thematisiert. Der Aufbau einer positiven Beziehung zwischen Polizei und Jugendlichen könne durch eine Kontaktaufnahme bei „neutralen“ Gelegenheiten, ohne die Absicht eine polizeiliche Maßnahme durchzuführen, gefördert werden. Dies könne beispielsweise in Form von Quartiersarbeit realisiert werden. Trotz der Hürden durch zeitliche und personelle Ressourcen wurde diese Maßnahme vom Plenum weitestgehend positiv aufgefasst. Ebenfalls diskutiert von den Teilnehmenden wurde die Möglichkeit eines Perspektivwechsels für Polizeibeamtinnen und -beamte. Hierzu wurde die Mitarbeit in sozialen Projekten (Suppenküche, Jugendcafés usw.) erwogen. Dieser Ansatz werde in einigen anderen europäischen Ländern verfolgt. Die Übertragbarkeit bedürfe für Deutschland allerdings einer entsprechenden Prüfung. Zuletzt war ein Diskussionspunkt im Plenum, ob und wie der Einfluss der polizeilichen Kommunikation auf die Kriminalität(-sprävention) gemessen werden könne. Einen möglichen Zugang würden Dunkelfeldstudien bieten. Generell erschien es den Teilnehmenden sinnvoll, dass die Zufriedenheit bzw. die Wahrnehmung polizeilicher Arbeit im Rahmen eines Wahrnehmungsbarometers (entsprechend der Dunkelfeldstudie „Sicherheit und Kriminalität in Deutschland (SKiD)“) in regelmäßigen Abständen erhoben wird. Eine Erweiterung um das Stimmungsbild von Kindern und Jugendlichen stelle in diesem Kontext eine sinnvolle Maßnahme dar. Ergänzend wurde angemerkt, dass insbesondere bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund und/oder Sprachbarrieren der Einsatz von

Integrations- und Kulturmittlern bereits positive Auswirkungen auf die Gesellschaft und eben auch auf die Beziehungen zwischen Jugendlichen und der Polizei haben könne.

Der zweite Veranstaltungstag startete mit einem kurzen *Rückblick auf die Panelphase*. Hier stellten die Themenschwerpunkt-Organisatorinnen und -Organisatoren der KKF die wesentlichsten Inhalte und Diskussionspunkte der einzelnen Panels vor. Im Anschluss daran wurden in einer Videokollage „*Stimmen zur Jugend*“ Gehör geschenkt. Die videografierten Interviews wurden im Vorfeld zur Veranstaltung geführt und thematisieren abseits vom Schwerpunkt der Gewaltkriminalität, zukünftige Entwicklungen und „die nächste Generation“ mit Blick auf Werteeinstellungen, akute Problemlagen, zentrale Einflüsse auf die Gewaltbereitschaft und das Verhalten sowie das Umfeld, in dem Kinder und Jugendliche aufwachsen. Hierzu wurden verschiedene Jugendforschende und Präventionsakteure zur „nächsten Generation“ befragt. Die Interviewausschnitte zeigten dabei die wichtigsten Thesen der Befragten und dienten damit als Ausgangspunkt für die anschließende Podiumsdiskussion. Im Rahmen der *moderierten Podiumsdiskussion* diskutierten sodann Theresia Höyneck (Professorin für Kinder- und Jugendrecht an der Universität Kassel), Silke Müller (Schulleiterin und Buchautorin), Franco Clemens (Streetworker), Wolfgang Ettelt (Staatsanwalt und Vertreter des Kölner Haus des Jugendrechts) und Frank Hoever (Polizeipräsident) über die vergangenen Themen der Veranstaltung. René le Riche (Leitungsstab Polizei Düsseldorf) moderierte die Diskussion. Einleitend definierten die Expertinnen und Experten jeweils ihren persönlichen Gewaltbegriff. Dabei betonten die Teilnehmenden, dass Gewalt in verschiedenen Formen existiert, darunter physische aber auch psychische oder sexuelle Gewalt in verschiedenen Lebensräumen von Kindern und Jugendlichen, beispielsweise im sozialen Nahraum, im öffentlichen Raum, in Schulen, oder im digitalen Raum. Diskutiert wurden dabei auch Formen struktureller Gewalt im Kontext des kapitalistischen Systems und sozioökonomische Rahmenbedingungen. Die Ursachen von Kinder- und Jugendkriminalität wurden insbesondere in sozialen Ungleichheiten, mangelnden Perspektiven und einem veränderten gesellschaftlichen Klima verortet. Vor diesem Hintergrund wurden auch mögliche Kipppunkte in der Biografie von Kindern und Jugendlichen erfragt, die eine kriminelle Karriere begünstigen würden.

Besonders hervorgehoben wurde die Rolle der Digitalisierung als neuer Handlungsraum für Kinder und Jugendliche. Die Schulleiterin Silke Müller hob hervor, dass Kinder und Jugendliche im digitalen Raum alleingelassen werden. Der Streetworker Franco Clemens wies auf die steigende Messergewalt und deren Verherrlichung in sozialen Medien hin. Diskutiert wurden auch Desensibilisierungseffekte durch Gewaltvideos im Internet. Es wurde betont, dass die Vermischung unterschiedlicher Milieus im Netz zu neuen Herausforderungen führe. Beide postulierten den Lösungsansatz eines „digitalen Streetworkers“ um mit der Problematik umzugehen.

Vor diesen Hintergrund war die Wirksamkeit von Strafrecht ein kontrovers diskutiertes Thema. Polizeipräsident Hoever argumentierte für klare Grenzen und frühe Intervention. Silke Müller kritisierte hingegen, dass Straftaten aus Furcht vor Rufschädigung durch Schulen nicht immer angezeigt werden. Die Frage nach der Wirksamkeit von Inhaftierung als Abschreckung wurde debattiert. Franco Clemens betonte die Bedeutung pädagogischer Arbeit, auch im Jugendstrafvollzug. Die Diskussionsteilnehmenden waren sich uneinig über die mögliche abschreckende Wirkung von Haft und den Zeitpunkt, an dem pädagogische Maßnahmen enden sollten. Gleichwohl waren sie sich einig darüber, dass erzieherische Maßnahmen und Wiederintegration bei Kindern und Jugendlichen nie aufhören dürfen. Die Bedeutung von positiven Vorbildern, Tagesstruktur und Erfolgserlebnissen für Kinder und Jugendliche wurde heraus-

gestellt sowie die Polizei als wichtiger Ansprechpartner für Kinder und Jugendliche betrachtet. Darüber hinaus sollte eine ganzheitliche Prävention und Bemaßnahme stattfinden. Nicht zuletzt Eltern, Lehrerinnen und Lehrer aber auch (Schul-)Sozialarbeit, Streetwork und Jugendgerichtshilfe sind notwendig, um alle Kinder und Jugendlichen zu erreichen.

Die Diskussion endete mit dem Appell für eine zeitgemäße Schulbildung, die die digitale und moralische Erziehung integriert. Die Notwendigkeit von Kooperationen, gezielter Prävention und der Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse wurde betont.

Die Vielseitigkeit der angesprochenen Themen verdeutlichte die Komplexität des Phänomens und die Notwendigkeit einer umfassenden gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Gewaltprävention bei Kindern und Jugendlichen. Trotz unterschiedlicher Ansichten bestand ein Konsens darüber, dass präventive Maßnahmen, frühzeitige Intervention und eine holistische Betrachtung der Kinder und Jugendlichen von zentraler Bedeutung sind.

Nach der Podiumsdiskussion sprach Maike Meyer noch ein paar *abschließende Worte*. In ihrer Zusammenfassung reflektierte Maike Meyer auf die Diskussionen des Tages, insbesondere auf die Hell- und Dunkelfeldstudien sowie die herausfordernden Räume, in denen Jugendliche agieren – sowohl real als auch virtuell. Sie betonte die gemeinsame Verantwortung verschiedener Akteure und unterstrich die Notwendigkeit verstärkter Zusammenarbeit. Sie hob bereits existierende erfolgreiche Ansätze wie die Initiative „Kurve Kriegen“ und das „Haus des Jugendrechts“ hervor. Insbesondere in den Pausen sei immer wieder angesprochen worden, dass die Inhalte der Tagung nicht neu seien, die Implementierung der Erkenntnisse in die Praxis jedoch fortgeführt werden müsse. Abschließend plädierte sie dafür, wissenschaftliche Erkenntnisse besser der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, um Diskurse in der Gesellschaft mitzugestalten.

Kontakt | Contact

Saskia Kretschmer | Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen |
Saskia.Kretschmer@polizei.nrw.de

Isabel Krause | Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen | Isabel.Krause@polizei.nrw.de

Kai Daubitz | Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen | Kai.Daubitz@polizei.nrw.de